

Der alte Westen 07.06.2011



WASHINGTON/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit Blick auf die heutigen Gespräche zwischen der Bundeskanzlerin und dem US-Präsidenten dringen transatlantische Kreise auf eine Kursänderung Berlins in Sachen Libyen. Er wolle mit Angela Merkel darüber diskutieren, wie man in Nordafrika "gemeinsam noch mehr tun könne", kündigte Barack Obama an; das beziehe sich explizit auch auf den Krieg gegen Tripolis. Befürworter einer engen deutsch-amerikanischen

Kooperation bedauern schon lange die zunehmenden Differenzen zwischen Washington und Berlin. Erst kürzlich hat ein prominenter Kommentator einer der führenden deutschen Tageszeitungen erklärt, angesichts des Aufstiegs der Volksrepublik China könne sich der "alte Westen" diese Uneinigkeiten nicht leisten. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die EU befänden sich in einer Phase der Schwäche, heißt es in der Analyse, die von der Transatlantic Academy in Washington publiziert worden ist: Beide litten an einer Finanzkrise, die EU sei nach Meinung mancher sogar vom Zerfall bedroht. Für eine künftige Kooperation kommt nach Auffassung des Kommentators, der bereits seit Jahrzehnten eng in die transatlantischen Netzwerke eingebunden ist, eine lockere Koalitionspolitik in Betracht. Sie soll der Bundesrepublik als ökonomischem Schwerpunktspartner der USA in Europa Privilegien einräumen. Der Vorschlag zielt auf den Aufbau eines starken Bündnisses gegen Beijing.

Sonderwege

Vor den heutigen Gesprächen zwischen der Bundeskanzlerin und dem US-Präsidenten dringen transatlantische Kreise auf eine Verbesserung der deutsch-amerikanischen Kooperation. Dies gelte auch für den Krieg gegen Libyen. Obama hat ausdrücklich angekündigt, er wolle mit Merkel auch darüber reden, "wie wir gemeinsam noch mehr tun können", um "effektiver auf die Veränderungen in der Region (Nordafrika, d.Red.) zu reagieren, inklusive Libyen".[1] Die Kanzlerin müsse für die Zukunft "deutsche Sonderwege" ausschließen, fordert der SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich.[2] Für Unmut in Washington sorgen auch weitere deutsche Schritte, darunter der von Berlin geplante Atomausstieg und die deutsche Weigerung, die US-amerikanische Wirtschaft durch umfangreiche Käufe in den USA zu stützen. "Die Amerikaner suchen den europäischen Ankerpartner und sind irritiert durch die Suchbewegungen der deutschen Außenpolitik", fasst ein Experte vom German Marshall Fund of the United States in Washington, Thomas Kleine-Brockhoff, die US-Interessen zusammen.[3] Kleine-Brockhoff wirkte vor dem Beginn seiner Tätigkeit beim German Marshall Fund im Washingtoner Büro der deutschen Wochenzeitung Die Zeit.

Transatlantisch

Die immer erkennbarer werdenden deutsch-amerikanischen Spannungen sorgen seit geraumer Zeit für wachsende Besorgnis in transatlantischen Kreisen sowohl in Washington als auch in Berlin. So plädiert der deutsche Journalist Klaus-Dieter Frankenberger in einer neuen Schrift der Transatlantic Academy in Washington für eine neue Verdichtung des Bündnisses zwischen Europa und den USA. Frankenberger war Mitte der 1980er Jahre als Mitarbeiter eines US-Parlamentsabgeordneten in Washington tätig und wechselte 1986 zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dort ist er seit 2001 verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Laut Angaben der Redaktion ist er vor allem "mit den Vereinigten Staaten sowie europäischer, atlantischer und internationaler Politik" befasst - häufig als meinungsbildender Kommentator.[4] Außerdem ist er Mitglied der Trilateralen Kommission, eines Netzwerkes von mehreren hundert Personen aus Europa, Nordamerika und Japan, das sich der Beziehungspflege unter den Eliten des "alten Westens" widmet.

Enger kooperieren

Wie Frankenberger in seiner Schrift für die Transatlantic Academy urteilt, sei der "alte Westen" gegenwärtig massiven Bedrohungen ausgesetzt. Eindeutig werde "der Aufstieg eines dynamischen und selbstbewussten China die treibende Kraft" der Weltpolitik im 21. Jahrhundert sein. "Wenn die USA und Europa auseinanderdriften", schädeten sie damit ihrer eigenen Stellung: Die "atlantische Gemeinschaft" könne ihren Wohlstand und ihren Einfluss nur bewahren, wenn sie

zusammenstehe und sich gegen die unaufhaltsam erstarkende chinesische Wirtschaft wappne. Es sei wohl ohnehin unvermeidlich, dass der Westen auf den Weltmärkten erhebliche Anteile an China verliere, meint Frankenberger. Um schlimmere Einbrüche zu vermeiden, müsse man sich nicht nur zusammenschließen, sondern auch weitere Verbündete um sich scharen.[5] Frankenbergers Äußerungen zielen nicht nur auf eine engere Zusammenarbeit Europas und der Vereinigten Staaten mit Japan ab, sondern auch auf die Einbeziehung von Ländern wie Indien [6] oder den ASEAN-Staaten [7] in ein deutlich erweitertes transatlantisches Bündnissystem.

Bedarf an politischer Legitimität

Frankenberger zufolge ist der Zeitpunkt für eine neue Verdichtung des transatlantischen Bündnisses nicht ungünstig. Die Vereinigten Staaten seien zwar immer noch die dominierende Weltmacht, doch seien sie ernststen Schwierigkeiten ausgesetzt. Ihre ökonomische Basis schwächele, die Infrastruktur bröckele, die Staatsfinanzen riefen ernste Besorgnis hervor. US-amerikanische Politiker sähen sich zunehmend nach Verbündeten um, um ihre weltweiten Ziele trotz interner Probleme zu realisieren. Freilich müssten die Verbündeten "willens und in der Lage" sein, Ressourcen bereitzustellen und die "Lasten" der Weltmachtspolitik zu teilen. Insbesondere hätten sie den Vereinigten Staaten "eine Art politischer Legitimität" zu verschaffen, über die diese nicht verfügten, wenn sie im Alleingang handelten.

Bedarf an Militär

Auch in Europa, schreibt Frankenberger, sei die Lage alles andere als günstig. Die aktuelle Krise habe die Schwäche der EU offengelegt und die Grenzen europäischer "Solidarität" deutlich gezeigt. Zeitweise habe man ein Auseinanderbrechen der Eurozone, ja sogar der EU nicht ausgeschlossen. "Das geschah nicht, und es wird nicht geschehen", ist Frankenberger überzeugt. Dennoch verblasse unweigerlich der "Traum von einer immer engeren Europäischen Union". Dies gelte insbesondere für die Bundesrepublik, die zwar traditionell proeuropäisch sei, in jüngster Zeit jedoch in tiefer Euroskepsis schwelge. Zusätzlich zur politischen Schwäche der EU sei festzuhalten, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushalte straffen müssten; dabei könne man auch die Militäretats nicht aussparen. Dies treffe selbst traditionell stark aufrüstende Staaten wie Großbritannien. Der militärische Einfluss der EU werde deshalb wohl schon bald schwinden.

Wechselnde Bündnisse

Frankenberger plädiert daher für den weiteren Ausbau der transatlantischen Beziehungen zwischen den Staaten des "alten Westens". Nur so ließen sich größere Einbrüche gegenüber China vermeiden. Dabei sei eine Art Arbeitsteilung möglich. So könnten die Vereinigten Staaten und Deutschland, "das ökonomische Kraftzentrum Europas", in wirtschaftlicher Hinsicht kooperieren - "Deutschland hat große Bedeutung für die ökonomische Agenda der USA". In Angelegenheiten mit militärischer Dimension hingegen könne Washington mit Großbritannien und Frankreich zusammenarbeiten; das geschehe ja gegenwärtig bereits in Libyen. Weil ein Konsens zwischen sämtlichen Mächten des Westens immer schwieriger herzustellen sei, werde in den nächsten Jahren "Koalitionspolitik mehr und mehr zur Regel" werden. Dennoch habe der "alte Westen" angesichts eigener Schwächen und des Aufstiegs Chinas "nur eine Wahl": "Europa muss seine Bindungen mit den Vereinigten Staaten stärken, und die Vereinigten Staaten müssen ihre Bindungen mit Europa stärken."

Nicht mit Russland

Die Vorschläge für eine Verdichtung des transatlantischen Bündnisses sollen einen Ausweg aus der Krise der EU mit einer Abkehr von den deutschen Bestrebungen verbinden, in Zusammenarbeit mit Russland ein Gegengewicht gegen die USA zu bilden (german-foreign-policy.com berichtete [8]). Sie stellen zugleich einen Beitrag zur Debatte um einen womöglich bevorstehenden weltpolitischen Abstieg Europas und der Vereinigten Staaten dar (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Ob es für die Verwirklichung dieser Vorschläge in Berlin eine Basis gibt, darauf werden die Resultate der heutigen Gespräche der deutschen Kanzlerin mit dem US-Präsidenten Hinweise geben können.

[1] Ein Preis für eine Hoffnung; www.tagesspiegel.de 06.06.2011

[2] SPD: Merkel muss weitere deutsche Sonderwege ausschließen; www.focus.de 06.06.2011

[3] Ein Preis für eine Hoffnung; www.tagesspiegel.de 06.06.2011

[4] Klaus-Dieter Frankenberger (K.F.); www.faz.net

[5] Zitate hier und im Folgenden aus: Klaus-Dieter Frankenberger: The Atlantic Imperative in an Era of a Global Power Shift, Transatlantic Academy Paper Series, Washington 2011

[6] s. dazu [Offensiven gegen China \(I\)](#)

[7] s. dazu [Offensiven gegen China \(III\)](#)

[8] s. dazu [Eine Frage der Orientierung](#) und [Nach Osten!](#)

[9] s. dazu [Europas Abstieg](#), [Europas Abstieg \(II\)](#) und [Das bekannte Unbekannte](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com